

Frank Priess **Argentinien
hat gewählt**

**Wahlsieg der Opposition / Hohe Wahl-
abstinenz / Regierung ohne eigene Basis /
Was bringt die Zukunft?**

In einem schwierigen wirtschaftlichen und politischen Umfeld hat Argentinien am 14. Oktober einen neuen Senat und die Hälfte des Abgeordnetenhauses gewählt. Erstmals wurden dabei die 72 Senatoren direkt vom Volk gewählt, bisher wurden sie auf der Basis der Voten der Provinzparlamente nach Buenos Aires entsandt. 24,8 Millionen Argentinier waren wahlberechtigt, unter ihnen immerhin 750000 Erstwähler. Ein Novum brachte auch das Wahlergebnis: Erstmals sieht sich ein amtierender Präsident einer oppositionellen Mehrheit in beiden Kammern gegenüber. Im Senat verteidigten die Peronisten (Partido Justicialista, PJ) ihre absolute Mehrheit, im Abgeordnetenhaus verdrängten sie die Parteien der Regierungsallianz als stärkste Fraktion. Besonders bitter für Präsident Fernando de la Rua: auch auf die neuen Abgeordneten und Senatoren seiner eigenen UCR (Unión Cívica Radical) kann er nur begrenzt bauen, verdanken sie ihre bescheidenen Siege doch gerade einem Wahlkampf der Frontalkritik gegen den Regierungskurs. Immerhin gelang es damit wohl, der peronistischen Opposition und den neuen Protestparteien nicht allein das Feld zu überlassen: das Abschneiden der letzteren blieb weit hinter den Erwartungen zurück. Die Unzufriedenheit der Wähler aber kanalisierte sich gleichwohl: über eine mit 77 Prozent historisch niedrige Wahlbeteiligung und über eine mit rund 20 Prozent landesweit extrem hohe Zahl von ungültigen Stimmen und Stimmenthaltungen.

Mit einem Wahlsieg der oppositionellen Peronisten endeten die Wahlen zum argentinischen Senat und Abgeordnetenhaus am 14. Oktober. Die Regierung und die sie tragenden Allianz-Parteien haben nun die absolute Oppositionsmehrheit im Senat gegen sich und verloren auch die Position der stärksten Fraktion im Abgeordnetenhaus. Angesichts enormer wirtschaftlicher Schwierigkeiten des Landes und eines Reformstaus auch im politischen Bereich bleibt nur, weiter von Fall zu Fall nach Kompromissen zu suchen. Bei den Peronisten wird nun der Kampf um die Präsidentschaftskandidatur 2003 entbrennen, im Regierungslager sucht man verzweifelt nach Alternativen, um das zerbrochene Image zu reparieren, mindestens aber die nächsten zwei Jahre zu überstehen. Argentinien erwartet in den kommenden Monaten eher noch mehr Unsicherheit als bisher.

Angedeutet hatte sich diese Situation schon im Wahlkampf, der so gut wie keiner war. An ein so flaches Profil der Parteien und ihrer Kandidaten können sich selbst langjährige Beobachter der argentinischen Politik nicht erinnern. Kaum Wahlplakate und Graffitis, ein weitgehender Verzicht auf die traditionellen Aufmärsche und Großveranstaltungen, aber auch bei der sonst so intensiven Medienwerbung hielten sich die Parteien zurück. Ein Grund ist sicher in deren prekärer Finanzsituation zu sehen: auf einen Peso (gleich ein US-Dollar) pro Wählerstimme auf der Basis der zurückliegenden Wahlen wurde die Wahlkampfkostenerstattung seitens des Staates fixiert, was keine grossen Sprünge erlaubte. 18 Millionen Dollar insgesamt stellte der Staat zur Verfügung, zum Teil allerdings verspätet ausgezahlt oder in Form von Werbeplatz in den Medien beglichen, die dem Staat gegenüber Verpflichtungen haben. Gleichzeitig aber gebot es auch die Stimmung tiefer Politikverdrossenheit in der Bevölkerung, sich Zurückhaltung aufzuerlegen: 70 Prozent der Bürger gaben noch Mitte September in einer Gallup-Umfrage an, sich nicht für Politik zu interessieren und gar 87 Prozent fühlten sich vom derzeitigen Angebot nicht repräsentiert.

**■ 70 Prozent der Bürger
gaben noch Mitte Septem-
ber in einer Gallup-Um-
frage an, sich nicht für
Politik zu interessieren und
gar 87 Prozent fühlten sich
vom derzeitigen Angebot
nicht repräsentiert.**

Selbst mit den so beliebten Umfragen wurden die Wahlbürger diesmal weniger konfrontiert. Parteien und Medien investierten hier erheblich weniger als in den zurückliegenden Wahlkämpfen. „Man spürt die Krise heftig“, meinte zum Beispiel Manuel Mora y Araujo vom gleichnamigen Umfrageinstitut und fügte hinzu, man erlebe derzeit eine „kurze Kampagne ohne finanzielle Mittel und mit wenig Professionalität“. Sein Kollege Ricardo Rouvier liess sich vernehmen: „Die Aufträge sind erheblich zurückgegangen, ganz besonders im Landesinnern.“ Unterschiedlich scheint auf diese Situation reagiert worden zu sein: Mora y Araujo etwa erkennt ein Zurücknehmen qualitativer Standards – auch bisher allerdings waren Umfragen in Argentinien in vielen Fällen mit Vorsicht zu geniessen, spiegelten sie doch oft mehr die Interessen der Auftraggeber als die Ergebnisse solider empirischer Sozialforschung wider – andere, wie das de la Rua-nahe Institut Analogías spricht von geringeren Gewinnmargen. Entsprechend wenige Institute präsentierten dann auch um 18 Uhr am 14. Oktober ihre Daten auf der Basis der

sogenannten Wahlnachfragen, der *boco de urna*. Und wiederum lagen ihre Aussagen zum Teil erheblich neben den tatsächlichen Ergebnissen, auf die man diesmal lange warten musste: Noch über 90 Minuten nach Schließung der Wahllokale zeigte sich das für die Auszählung zuständige Innenministerium nicht in der Lage, die Öffentlichkeit mit ersten offiziellen Zahlen und Ergebnissen zu versorgen.

In den Beginn der „heißesten“ Phase des Wahlkampfes schlugen zudem am 11. September die Terroranschläge in den Vereinigten Staaten, was die Aufmerksamkeit auch der argentinischen Bürger fast vollständig absorbierte. Gerade aufgrund eigener Erfahrungen mit den Taten extremistischer Gewalttäter Anfang der neunziger Jahre – in diesen Tagen begann zudem der Prozess gegen die Personen, die verdächtigt werden, den Bombenanschlag auf das jüdische Gemeindezentrum in Buenos Aires im Jahre 1994 verübt zu haben – sind die Argentinier besonders sensibilisiert. Die vergleichsweise hohe Zahl argentinischer Bürger mit jüdischer oder arabischer Abstammung tut ein übriges. Auch stellte sich sofort die Frage, welche wirtschaftlichen Auswirkungen für Argentinien eine Verschärfung der Wirtschaftsprobleme in den Vereinigten Staaten oder eine weitere Abkühlung der Weltwirtschaft haben könnte.

■ In den Beginn der „heißesten“ Phase des Wahlkampfes schlugen am 11. September die Terroranschläge in den Vereinigten Staaten, was die Aufmerksamkeit auch der argentinischen Bürger fast vollständig absorbierte.

■ Das Ergebnis

Da nach dem argentinischen Bewertungsmodus bei der Ermittlung des prozentualen Abschneidens der Parteien nur abgegebene Stimmen als Basis genommen werden, die zusätzlich um die Zahl der ungültigen Stimmen und Enthaltungen „bereinigt“ werden, ergibt sich auf nationaler Ebene folgendes Bild für die Senatswahlen am 14. Oktober: Auf den PJ entfielen 5 727 986 Stimmen (40 Prozent). Die Allianz aus UCR und FREPASO brachte es auf 3 340 245 Stimmen (23,3 Prozent). ARI als neue dritte Kraft erhielt 1 169 044 Stimmen (8,2 Prozent). Es folgen der Polo Social von Padre Farinello (606 358 Stimmen; 4,2 Prozent), die Vereinigte Linke IU (497 570 Stimmen, 3,5 Prozent), der Partido Humanista (370 332 Stimmen, 2,6 Prozent) und Cavallos Acción por la República (320 928 Stimmen, 2,2 Prozent). Auf sonstige Parteien entfielen 16 Prozent der Stimmen.

Nach dem bisherigen Stand der Auszählungen – leichte Abweichungen sind aufgrund von Nachzählungen, Einsprüchen und Unklarheiten immer noch möglich – hat der neue Senat folgendes Gesicht: Von seinen 72 Mitgliedern stellt der PJ künftig 41 (+2), auf die Regierungs-Allianz entfallen 26 Sitze (+4). Zwei Senatoren stellt die Regionalpartei Movimiento Popular Neuquino der Provinz Neuquen, je ein Senator kommt von der Partei Renovador Salta, von der Allianza para una República de Iguales (ARI) und der Fuerza Republicana.

Nach den Wahlen zum Abgeordnetenhaus – bei den Halbzeitwahlen wurden 127 der 257 Sitze neu vergeben – kommt der PJ jetzt auf 110 Mandate (+12), die Allianz auf 90 (-14) und die ARI auf 15 (+1). Auf zahlreiche sonstige Parteien entfallen 37 Mandate, darunter neun auf Cavallos Acción por la República.

Nach den Wahlen zum Abgeordnetenhaus kommt der PJ jetzt auf 110 Mandate (+12), die Allianz auf 90 (-14) und die ARI auf 15 (+1). Auf zahlreiche sonstige Parteien entfallen 37 Mandate, darunter neun auf Cavallos Acción por la República.

Damit zeigt sich, dass insbesondere das Wahlsystem zum Senat die großen Parteien begünstigt. Trotz der stimmen- und prozentmäßig herben Wahlniederlage gelang es der Allianz hier, sogar noch Sitze hinzuzugewinnen. Repräsentativer ist das System der Parlamentswahlen, bei denen nach D'Hondt ausgezählt wird und eine Drei-Prozent-Hürde gilt. Da hier aber nur die Hälfte der Mandate neu vergeben wurde, hält sich das Debakel mit Blick auf die Sitzverteilung ebenfalls in Grenzen.

Bei allen Analysen ist natürlich zu berücksichtigen, dass die Prozentzahlen, mit denen sich vor allem die Sieger schmücken, zu relativieren sind. Die hohe Zahl der Stimmenthaltungen und ungültigen Stimmen führt, bei einer ohnehin schon vergleichsweise schwachen Wahlbeteiligung von 77 Prozent bei Wahlpflicht, dazu, dass zum Teil erhebliche Einbrüche in realen Stimmen durch prozentuale Gewinne auf schmaler Basis kaschiert werden. Berechnet man die für die Kandidaten abgegebenen Stimmen prozentual auf Basis der Zahl der Stimmberechtigten, sieht das Bild vergleichsweise katastrophal aus.

Einige Zahlen aus der Provinz Buenos Aires mögen das belegen: Bei dieser Wahl lag die Wahlbeteiligung bei 76 Prozent, bei der letzten Wahl zum Abgeordnetenhaus 1999 bei 85 Prozent, wobei hier gleichzeitig die als ungleich wichtiger eingeschätzten Präsidentschaftswahlen stattfanden. Zusätzlich aber gaben 22 Prozent der Wähler am 14. Oktober un-

gültige oder „weisse“ Stimmzettel ab. Der grosse Sieger, Eduardo Duhalde, kam am 14. Oktober auf 1945 000 Stimmen. Bei den vorangegangenen Wahlen zum Abgeordnetenhaus im Jahre 1999 waren es noch 2609 000 Stimmen gewesen. Ein Realverlust von 700 000 Stimmen also. Für die Allianz sieht die Bilanz noch düsterer aus. Den 3 080 000 Stimmen im Jahr 1999 stehen jetzt gerade noch 810 000 Stimmen gegenüber. 2 200 000 Stimmen kamen den Regierenden hier also in nur zwei Jahren abhanden. Ähnliche Rechnungen lassen sich fast im ganzen Lande aufmachen, was den Blick auf das politische Panorama und die Entwicklungsperspektiven durchaus verändert.

■ **Wahlsieger *voto bronca***

Auch wenn die Motive für die Abgabe ungültiger Stimmen und „weisser“ Stimmzettel natürlich unterschiedlich sind, wurde diese Art der Proteststimme von nicht wenigen Journalisten als sogenanntes *voto bronca* (Wutstimme) aufs Siegertreppchen gehievt, untermauert mit Zahlen. 15,55 Prozent der Wahlberechtigten (rund 20 Prozent der tatsächlichen Wähler) in Argentinien machten so bei der zehnten Parlamentswahl nach dem Ende der Militärdiktatur ihrem Unmut Luft, gegenüber der letzten Wahl eine glatte Verfünffachung. Nach den Gründen befragt, nannten die Bürger dem Umfrageinstitut CEOP vage die generelle Unzufriedenheit mit der Politik und das Gefühl, von keinem der angebotenen Kandidaten repräsentiert zu werden. Die Zeitung *Clarín* titelte mit Blick auf den nationalen Durchschnitt: „*Voto bronca*: es wurde Zweiter und es waren fast vier Millionen.“ Auf dem ersten Platz landeten die Peronisten mit 5,5 Millionen Stimmen.

In der Provinz Santa Fé zum Beispiel waren 2,2 Millionen Bürger wahlberechtigt. Auf die siegreiche PJ-Liste entfielen 350 000 Stimmen, ungültig oder „weiß“ aber stimmten 670 000 Bürger. Zusätzlich hatten sich rund 500 000 Stimmbürger gar nicht erst an den Urnen präsentiert. In der Stadt Rosario, von der Wirtschaftskrise besonders gebeutelt, standen 352 000 Bürger, die sich für eine Kandidatenalternative entschieden, 225 000 Nichtwähler und 256 000 Bürger gegenüber, die ungültig oder „weiß“ stimmten. Auch im Hauptstadtbezirk Capital Federal übertrafen die 27 Prozent der *broncas* bei den abgegebenen

■ **Auch wenn die Motive für die Abgabe ungültiger Stimmen und „weisser“ Stimmzettel natürlich unterschiedlich sind, wurde diese Art der Proteststimme von nicht wenigen Journalisten als sogenanntes *voto bronca* (Wutstimme) aufs Siegertreppchen gehievt.**

nen Stimmen die 21 Prozent des UCR-Wahlsiegers Rodolfo Terragno.

Doch nicht überall war die Situation wie hier beschrieben. In der Heimatprovinz Carlos Menems zum Beispiel, La Rioja, erreichte die Wahlbeteiligung mit rund 98 Prozent einen absoluten historischen Höchststand. Gleichzeitig war die Zahl von Stimmabstimmungen und ungültigen Voten marginal. Offenbar reichte den Bürgern hier das Angebot politischer Alternativen, um sich tatsächlich für einen Kandidaten zu entscheiden. Auch in Santiago del Estero und anderen Provinzen machte diese Stimmalternative mit rund fünf Prozent kaum einen nennenswerten Anteil aus.

Ihren Beitrag zur Popularisierung des *voto bronca* haben sicherlich auch die Medien geleistet. Programme mit hohen Einschaltquoten im Fernsehen wie das von Daniel Hadad etwa warben ganz offen für ein Votum zugunsten der *proceres*, illustrieren Gestalten der argentinischen Geschichte, deren Namen sich dann tatsächlich sehr häufig auf den Wahlzetteln fanden: Sarmiento, Belgrano, San Martín. Ohne reale Basis in der massiven Missstimmung der Bürger selbst dürften diese Aufrufe aber wohl kaum auf fruchtbaren Boden gefallen sein.

■ Der Sieg des PJ

■ Strahlende Gesichter gab es fast überall bei den Kandidaten der Justizialistischen Partei. Sie gewannen in den meisten argentinischen Provinzen zwei der jeweils zu wählenden drei Senatoren, nicht zuletzt in den neben dem Hauptstadtbezirk Capital Federal wichtigsten Stimmbezirken: Provinz Buenos Aires, Córdoba und Santa Fé.

Strahlende Gesichter gab es fast überall bei den Kandidaten der Justizialistischen Partei. Sie gewannen in den meisten argentinischen Provinzen zwei der jeweils zu wählenden drei Senatoren – der stärksten Liste stehen laut Wahlsystem zwei, der nächststärksten Liste ein Sitz zu –, nicht zuletzt in den neben dem Hauptstadtbezirk Capital Federal wichtigsten Stimmbezirken: Provinz Buenos Aires, Córdoba und Santa Fé. So gut wie überall konnten sie auch die Sitze für das Abgeordnetenhaus erhöhen. Im bereits vorher von ihr dominierten 72-köpfigen Senat verfügt der PJ jetzt über 41 Mandate (vorher 39). Dies führt zu der delikaten Situation, dass es der Partei möglich wäre, den Senatspräsidenten zu stellen. Da es nach dem Rücktritt Carlos Alvarez im Herbst des vergangenen Jahres keinen Vizepräsidenten mehr gibt – er wäre sonst Kraft Amtes Senatspräsident – fällt mit dieser Funktion auch die Vertretung des Präsidenten im Falle von dessen Abwesenheit und sogar seine Nach-

folge etwa im Falle eines Rücktritts zusammen. Bisher hat der PJ aus Gründen der Staatsräson auf diese Besetzung verzichtet und einen UCR-Vertreter mitgewählt, jetzt allerdings könnte die Wahl Teil der Verhandlungsmasse werden, um mindestens einen PJ-Vertreter auf den Stuhl des Präsidenten des Abgeordnetenhauses zu hieven, wo die Peronisten zwar stärkste Partei geworden sind – der bisherige Stand der Auszählungen spricht von 110 von 257 Sitzen, bisher waren es 98 – nicht aber über die absolute Mehrheit verfügen. Dem PJ genügte es am 14. Oktober, ihre prozentualen Resultate der Wahlen von 1999 und 1997 zu halten, um diesen Triumph einzufahren: hatte man damals nämlich gegenüber einer starken Allianz verloren, reichte es diesmal angesichts des Zerbrechens jenes Bündnisses so gut wie überall zu satten Mehrheiten. „Es bestätigt sich wieder einmal“, so der Direktor des Centro des Estudios Nueva Mayoría, Rosendo Fraga, „dass der Justizialismus nur von einer breiten Wahlkoalition geschlagen werden kann, die es auf fast 50 Prozent der Stimmen bringt.“ Gleichzeitig aber habe der PJ bewiesen, dass er auch in schwierigen Zeiten Zugang zu den ärmeren Bevölkerungsschichten behalte und auf hohe Loyalität zählen könne.

Ein strahlendes Comeback feierte der ehemalige Gouverneur der Provinz Buenos Aires und 1999 gegen de la Rua gescheiterte Präsidentschaftskandidat des PJ, Eduardo Duhalde. Er setzte sich mit rund 42,5 Prozent der Stimmen und damit über zwanzig Prozent Vorsprung vor seinem Allianz-Rivalen, Ex-Präsident Raúl Alfonsin, durch. Erste Kommentare sehen ihn damit sogar zurück in der Reihe möglicher Präsidentschaftskandidaten seiner Partei. Bisher waren ihm lediglich Ambitionen für eine erneute Gouverneurskandidatur in der Provinz Buenos Aires im Jahr 2003 nachgesagt worden. Eine Führungsfigur nationaler Grösse allerdings ist er in jedem Falle wieder geworden und kommt damit möglicherweise den Präsidentschaftsambitionen seines Parteifreundes Carlos Ruckauf, des aktuellen Gouverneurs der Provinz, in die Quere. Dieser sieht sich zwar ebenfalls durch das Provinzergebnis gestärkt, der Triumph aber, dies bemerkte Ruckauf bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit einem etwas angestrengt wirkenden Lächeln, habe einen Namen: Duhalde. Dieser

■ Ein strahlendes Comeback feierte der ehemalige Gouverneur der Provinz Buenos Aires und 1999 gegen de la Rua gescheiterte Präsidentschaftskandidat des PJ, Eduardo Duhalde. Er setzte sich mit rund 42,5 Prozent der Stimmen und damit über zwanzig Prozent Vorsprung vor seinem Allianz-Rivalen, Ex-Präsident Raúl Alfonsin, durch.

hat es in den beiden Jahren seit seiner Niederlage bei den Präsidentschaftswahlen durchaus verstanden, seine Macht in der Provinz Buenos Aires zu konsolidieren und gleichzeitig neue regionale Koalitionen innerhalb der Partei zu schmieden. Einstweilen sieht sich Duhalde in einer starken Moderatorenposition: „Ich bin in einer optimalen Position, um die fünf Kandidaten des PJ mit Blick auf 2003 zu einer Übereinkunft zu führen, damit einer Präsident wird, der andere Vizepräsident und die anderen wichtige Kabinettsposten bekleiden, denn alle haben gezeigt, dass sie regieren können.“

Aber auch in einem möglichen Rennen um die Präsidentschaftskandidatur hat Duhalde gegenüber den Gouverneuren seiner Partei einen unschätzbaren Vorteil: Er muss in diesen schwierigen Zeiten nicht regieren. Damit steht er auch nicht für die Probleme auf Provinzebene gerade, die zwar zum größten Teil der nationalen Regierung, zu einem bestimmten Prozentsatz aber auch den regionalen Führern angelastet werden. Die hohe Zahl der Proteststimmen auch in gut administrierten Provinzen wie Córdoba und Santa Fé beweist dies nachdrücklich. Arbeiten muss er allerdings noch erheblich an seinem Image: In Umfragen haben derzeit landesweit nur rund 20 Prozent der Bürger von ihm eine gute Meinung.

Einen deutlichen Triumph konnte auch der PJ-Gouverneur der Provinz Córdoba und ebenfalls aussichtsreiche Prä-Präsidentenwahlkandidat seiner Partei, José Manuel de la Sota, für sich verbuchen. Mit rund 47 Prozent der Stimmen und über zehn Prozent Vorsprung trugen seine Senatskandidaten Juan Carlos Maqueda und Beatriz Halac den Sieg über die in Córdoba traditionell starke UCR davon, für die mit Rubén Martí zudem der populäre Ex-Bürgermeister der Provinzhauptstadt ins Rennen gegangen war. Gleichzeitig sicherten sich der PJ und seine Verbündeten auch eindrucksvoll eine bequeme Mehrheit bei den Wahlen zum Provinzparlament, das nach einer Verfassungsreform jetzt nur noch aus einer Kammer besteht.

Der Dritte oder inzwischen möglicherweise Vierte beim Präsidentschaftsrennen im PJ, der Gouverneur der Provinz Santa Fé, Carlos Reutemann, konnte am Wahlabend ebenfalls zufrieden sein. Auch seine Kandidaten Oscar Lamberto und Roxana Latorre ver-

Einen deutlichen Triumph konnte auch der PJ-Gouverneur der Provinz Córdoba und ebenfalls aussichtsreiche Prä-Präsidentenwahlkandidat seiner Partei, José Manuel de la Sota, für sich verbuchen.

wiesen die Allianz-Liste mit über zehn Punkten Abstand auf den zweiten Platz. Einen erheblichen Wermutstropfen stellt allerdings auch in Santa Fé die Zahl der ungültigen und „weißen“ Stimmzettel dar: über 30 Prozent der Bürger drückten auf diese Weise ihr Missfallen aus.

In La Rioja, der Heimatprovinz von Ex-Präsident Carlos Menem, kam dessen Bruder Eduardo gemeinsam mit Ada Maza, der Schwester des Provinzgouverneurs, zu einem ungefährdeten Sieg jenseits der Fünfzig-Prozent-Marke. Zweite Kraft wurde der PJ-Senator Jorge Yoma mit seinem neuen Frente Riojano con Todos, deutlich vor dem UCR-Vertreter Raúl Galvan. Yoma war zu einer Kandidatur außerhalb der PJ-Struktur genötigt, da die erstmals bei Senatswahlen wirksame Frauenquote von fünfzig Prozent auf den aussichtsreichen Listenplätzen die Parteien zu einer Eins-zu-eins-Berücksichtigung von Männern und Frauen zwingt, PJ-intern Eduardo Menem aber über die stärkeren Bataillone verfügte. Da der immer noch unter Hausarrest stehende Carlos Menem als Ersatzkandidat seines Bruders ins Rennen ging und bei dessen Rücktritt zum Zuge kommen könnte, schießen natürlich die Spekulationen ins Kraut: Könnte dies ein Weg sein, Immunität zu erlangen und die Haft schnellstmöglich zu beenden? Wäre dies ein Ausweg, um im Kampf um die Parteiführung gegenüber Ruckauf, Duhalde und anderen nicht zu sehr gehandicapt zu sein? Vieles spricht dagegen. Der neue Senat nimmt zum 10. Dezember seine Arbeit auf und „akkreditiert“ zu diesem Zeitpunkt die neu gewählten Senatoren. Erst dann können sinnvollerweise Rücktritte erwogen werden. Über deren Annahme wiederum entscheidet der Senat in seiner Gesamtheit, im vorliegenden Fall eine Entscheidung mit offenem Ausgang. Zudem dürfte der öffentliche Eindruck, hier versuche sich jemand mit unlauteren Mitteln einem Strafverfahren zu entziehen, so schwer wiegen, dass die Beschädigung von Person und politischer Klasse kaum in Kauf genommen werden dürfte, abgesehen von der Tatsache, dass auch in Argentinien die Immunität von Abgeordneten aufgehoben werden kann. Anders sähe die Senatorenfrage in dem Moment aus, in dem Carlos Menem die Untersuchungshaft verlassen kann. Dann ist es durchaus möglich, dass ihm Eduardo die na-

In La Rioja, der Heimatprovinz von Ex-Präsident Carlos Menem, kam dessen Bruder Eduardo gemeinsam mit Ada Maza, der Schwester des Provinzgouverneurs, zu einem ungefährdeten Sieg jenseits der Fünfzig-Prozent-Marke.

tionale Bühne im Senat verschafft, um die Ambitionen in der Parteiführung des PJ und für die Wahlen 2003 am Leben zu erhalten.

Hervorragende Ergebnisse konnten die PJ-Provinzgouverneure von San Luis und Santa Cruz verzeichnen. Im ersten Fall brachten es die Kandidaten von Gouverneur Adolfo Rodríguez Saá auf rund 67 Prozent der Stimmen – das unter allen Provinzen beste PJ-Ergebnis – die von Gouverneur Nestor Kirchner im zweiten Fall auf 62 Prozent. Keinesfalls also dürfen im nationalen Konzert künftig die „kleineren“ Provinzen und ihre Exponenten unterschätzt werden. Auch nach diesen Spitzenergebnissen folgen bekannte Sieger mit fester Verankerung in den Regierungen kleinerer Provinzen: Eduardo Menem mit rund 55 Prozent in La Rioja, Carlos Juarez mit 54 Prozent in Santiago del Estero, Juan Carlos Romero mit 53 Prozent in Salta und Ruben Marin mit 50 Prozent in La Pampa.

Ein vergleichsweise gutes Ergebnis für den PJ angesichts der Zerrissenheit der Partei im Hauptstadtbezirk Capital Federal erzielte Daniel Scioli, der sein Abgeordnetenmandat verteidigen konnte. Scioli, der eine Listenverbindung mit Cavallos Acción por la República eingegangen war, kam mit rund zwölf Prozent der Stimmen bei den Abgeordnetenhauswahlen als Dritter hinter der Allianz und ARI ins Ziel, überwandt aber deutlich den historischen Tiefpunkt der Partei im vergangenen Jahr, wo ihr nur rund zwei Prozent der Wähler die Stimme bei der Bürgermeisterwahl gegeben hatten. Scioli, der als einer der wenigen bekennenden *menemistas* gilt, bereitet sich nun auf den Kampf um den Parteivorsitz in Capital Federal vor, bei dem er wohl auf Gustavo Belíz trifft. Dieser trat zwar unter einem Bündnislogo zur Senatswahl an – er für seine Nueva Dirigencia als Senatorkandidat, die Peronistin Irma Roy als Listenführerin bei den Abgeordnetenhauswahlen, machte aber sein Ziel deutlich, einen geeinten Hauptstadt-PJ zu konsolidieren und mehrheitsfähig zu machen. Dabei konnte er bisher vor allem auf die Unterstützung des Gouverneurs der Provinz Buenos Aires, Carlos Ruckauf, zählen. Da auch Belíz trotz eines verfehlten Einzugs in den Senat eine sehr gute Wahl bescheinigt wird, ist der Ausgang der Konfrontation mit Scioli mindestens offen.

■ Ein vergleichsweise gutes Ergebnis für den PJ angesichts der Zerrissenheit der Partei im Hauptstadtbezirk Capital Federal erzielte Daniel Scioli, der sein Abgeordnetenmandat verteidigen konnte. Scioli, der eine Listenverbindung mit Cavallos Acción por la República eingegangen war, kam mit rund zwölf Prozent der Stimmen bei den Abgeordnetenhauswahlen als Dritter hinter der Allianz und ARI ins Ziel.

Insgesamt gelang es dem PJ, der Allianz vier bisher von dieser gehaltene Provinzen abzunehmen – San Juan, Mendoza, Entre Ríos und Corrientes – während nur in Jujuy eine gegenläufige Entwicklung zu verzeichnen war. Dem PJ bleibt damit eine Dominanz in 17 der 24 Provinzen, während sich die Allianz mit einer Mehrheitsposition in sechs Provinzen bescheiden muss. Im verbliebenen Fall von Neuquén dominiert die Provinzpartei Movimiento Popular Neuquino.

■ Insgesamt gelang es dem PJ, der Allianz vier bisher von dieser gehaltene Provinzen abzunehmen – San Juan, Mendoza, Entre Ríos und Corrientes – während nur in Jujuy eine gegenläufige Entwicklung zu verzeichnen war.

Innerhalb der Partei wird jetzt ein Tauziehen um den Vorsitz und damit eine Vorentscheidung für die Wahl 2003 beginnen. Zwar will in der augenblicklichen Situation niemand vorpreschen und direkt die Machtfrage stellen – Carlos Menem ist weiterhin der bis 2002 gewählte Vorsitzende der Partei – allerdings sehen alle die Notwendigkeit, den PJ auf einen Regierungswechsel vorzubereiten, sich möglichst geschlossen zu präsentieren und damit überall als handlungsbereite Alternative sichtbar zu sein. Schon allerdings arbeiten vor allem Menems innerparteiliche Gegner daran, die parteiinternen Entscheidungen vorzuziehen und möglicherweise bei einem Sonderkongress entsprechend die Weichen zu stellen. Auch von einer „Intervention“ der Partei ist die Rede, um Neuwahlen vorzubereiten. An den wichtigsten Gouverneuren, aber auch an Eduardo Duhalde wird in dieser Frage wohl niemand vorbeikommen.

Die Regierung profitiert einstweilen davon, dass die Führungsfrage im PJ noch offen ist. Würde die Partei bereits jetzt geschlossen hinter einem Kandidaten stehen, wäre es bis zur Stellung der Machtfrage auf nationaler Ebene ein ungleich kürzerer Weg. Einstweilen konveniert es aber allen Beteiligten, gerade dies in der Schwebe zu lassen.

■ Was der Allianz noch blieb

Der Wahlausgang im Hauptstadtbezirk Capital Federal erwies sich wieder einmal als Balsam auf die wunde Seele der Allianzparteien UCR und FREPASO, wenn auch nicht unbedingt für die der Regierung de la Rúa. Ihr Kritiker Rodolfo Terragno (UCR) nämlich war es, der an der Seite der Schwester des Hauptstadtburgemeisters Aníbal Ibarra, Wilma Ibarra

(FREPASO) die relative Mehrheit im Kampf um die Senatssitze erringen konnte. Noch in der Nacht aber forderte er einen grundlegenden Kurswechsel der Regierungspolitik, insbesondere im Wirtschaftsbe-reich. Schon im Wahlkampf hatte er immer wieder den Kopf von Wirtschaftsminister Domingo Cavallo gefordert. Um den zweiten Platz entbrannte ein Kopf-an-Kopf-Rennen, das der Kandidat der neuen Kraft ARI (Alianza para una República de Iguales) der Abgeordneten Elisa Carrio, Alfredo Bravo, gegen Menems Ex-Innenminister Gustavo Beliz hauch-dünn für sich entscheiden konnte. Mit zehn Prozent blieb der Kandidat einer Listenverbindung von Ca-vallos Acción por la República und einem PJ-Flügel um den Abgeordneten Daniel Scioli nur ein abge-schlagener vierter Platz. Mit überraschend guten Ergebnissen folgen diverse Exponenten der Links-parteien auf den Plätzen, brachten es aber zusammen auf rund 25 Prozent! Auch in der Hauptstadt lag die Zahl der ungültigen und „weissen“ Stimmen deutlich höher als die rund 21 Prozent des siegreichen Kandi-daten Terragno.

**Lediglich rund 17 Pro-
zent verbuchte Ex-Präsi-
dent Raúl Alfonsin für die
Allianz bei seinem Kampf
um einen Senatssitz in der
Provinz Buenos Aires –
genug immerhin, um als
„erste Minderheit“ dem
neuen Oberhaus angehören
zu können.**

Lediglich rund 17 Prozent verbuchte Ex-Präsident Raúl Alfonsin für die Allianz bei seinem Kampf um einen Senatssitz in der Provinz Buenos Aires – ge-nug immerhin, um als „erste Minderheit“ dem neuen Oberhaus angehören zu können. Entsprechend zu-frieden war die Miene des Kandidaten, der im Wahl-kampf und bei entsprechenden Umfragen lange Zeit damit hatte rechnen müssen, von Protestkandidaten wie dem Geistlichen Luis Farinello überflügelt zu werden. Dessen politisches Kapital und das der an-deren „kleineren“ Kandidaten reichte aber nicht aus, um den Parteiapparaten von PJ und UCR erfolgreich zu begegnen, nicht zuletzt auf einem Terrain, wo die Stammwählerschaften nach wie vor stark ausgeprägt sind. Dem Parteivorsitzender der UCR wird es damit möglich sein, vom Senat aus seine nationale Rolle weiterzuspielen und seiner kritischen Stimme gegen-über der Regierungspolitik zusätzlich Gehör zu ver-schaffen. Bereits in der Vergangenheit hatte er damit „seinen“ Präsidenten immer wieder in Schwierig-keiten gebracht und zur Verunsicherung der inter-nationalen Finanzwelt nachhaltig beigetragen: Wie stark und vertrauenswürdig, so fragte sich diese im-mer wieder, kann eine Regierung sein, die so offen

und hart von den Parteiführungen der sie tragenden Parteien kritisiert und zu Verhaltensänderungen aufgefordert wird.

Fast beschwörend klingen die Diskurse von UCR-Spitzen wie Alfonsin, Terragno und Rozas dann, wenn von den Perspektiven der Allianz mit dem FREPASO die Rede ist. Terragno etwa taufte sein Wahlbündnis in Capital Federal „Alianza 2001“, nicht zuletzt um deutlich zu machen, dass das Bündnis nicht so tot ist, wie viele inzwischen meinen. Vielmehr gehe es darum, die Werte, unter denen man Ende der neunziger Jahre angetreten sei, neu zu beleben: Sauberkeit und Transparenz in der Politik einerseits, Teilhabe der sozial Schwachen an der wirtschaftlichen Entwicklung andererseits. Auch den UCR-Politikern ist klar, dass die Partei zu einem Sieg über den PJ immer einen Partner braucht, der in Wählerschichten vorstößt, die von ihr selbst nicht erreicht werden können.

Im Falle des FREPASO allerdings wirkt diese Hoffnung eher wie ein Gesundbeten: Bis auf Anibal Ibarra, der sich als Hauptstadtbürgermeister schlecht und recht durchschlägt und bisher kaum eine überregionale Bedeutung erlangen konnte. Der ebenfalls durchaus populäre Sozialminister Cafiero hat mittlerweile seinen Rücktritt eingereicht, womit die Partei in der Regierung ihr letztes sichtbares Gesicht verliert. Ibarras Schwester Wilma gelang auf dem Terragno-Ticket zwar als einziger FREPASO-Vertreterin der Einzug in den Senat, die Lücke aber, die der frühere Vizepräsident „Chacho“ Alvarez und eine Graciela Fernandez-Mejide gelassen haben, kann sie nicht schliessen. Nachdem die immer schon stark medien- und hauptstadtzentrierte Gruppe mit ARI auch im linkspopulistischen Spektrum lautstarke Konkurrenz bekommen hat, darf an ihrem Überleben getrost gezweifelt werden. Nicht wenige Stimmen fordern, sich ganz aus Regierung und Allianz zurückzuziehen, um dann einen Neubeginn als Partei zu versuchen.

■ **Fast beschwörend
klingen die Diskurse von
UCR-Spitzen wie Alfonsin,
Terragno und Rozas dann,
wenn von den Perspektiven
der Allianz mit dem FRE-
PASO die Rede ist. Terragno
etwa taufte sein Wahlbünd-
nis in Capital Federal
„Alianza 2001“, nicht
zuletzt um deutlich zu
machen, dass das Bündnis
nicht so tot ist, wie viele
inzwischen meinen.**

■ **Das Phänomen ARI und der „Hurrican Lilita“**

Besondere Aufmerksamkeit fiel bei diesen Wahlen auf die Provinz Chaco, eine der wenigen verbliebenen Hochburgen der UCR, wo sie mit knapp fünfzig Prozent siegreich blieb. Hier honorierten die Wähler

wohl auch die als erfolgreich gesehene Regierungsarbeit des Gouverneurs Angel Rozas, Vize-Chef der UCR und aussichtsreicher Kandidat für die Nachfolge von Raúl Alfonsín in der Parteiführung. Der PJ kam bei den Senatswahlen auf den zweiten Platz, besetzt aber ebenso wie die Allianz im Abgeordnetenhaus künftig zwei der vier Sitze, die der Provinz zustehen. Auf Chaco hatten sich die Blicke der Wahlbeobachter deshalb gerichtet, weil hier die Abgeordnete Elisa Carrio zu Hause ist, die mit ihrer Aufklärerrolle bei Skandalen um Geldwäsche und als Gründerin der neuen Partei ARI Aufsehen erregt und große öffentliche Zustimmung genießt. Auf heimischem Boden aber war dies offenbar nicht genug: knapp zwölf Prozent blieben ihr schließlich. Gleichwohl behielt sie ihren Optimismus: „Alles ist so gelaufen, wie ich das geplant hatte“, sagte sie mit Blick auf „ein optimales Ergebnis“ gegenüber der Zeitung *Página 12*. Immerhin sei man ohne finanzielle Ressourcen und nennenswerten Apparat zur dritten Kraft geworden, vor dem geschwächten FREPASO und Cavallos Acción por la República. Die Erfolge der Linksparteien insgesamt ließen zukünftig zudem interessante Koalitionsmöglichkeiten zu.

Auf nationaler Ebene erhielt ARI bei den jetzigen Wahlen rund 1 169 044 Stimmen, was 8,2 Prozent der abgegebenen Voten entspricht. Damit ist die Partei in der Tat die drittstärkste Kraft im Lande, allerdings auf einer nach wie vor sehr schmalen Wählerbasis.

Auf nationaler Ebene erhielt ARI bei den jetzigen Wahlen rund 1 169 044 Stimmen, was 8,2 Prozent der abgegebenen Voten entspricht. Damit ist die Partei in der Tat die drittstärkste Kraft im Lande, allerdings auf einer nach wie vor sehr schmalen Wählerbasis. Ein Blick auf die gewählten Kandidaten der Partei zeigt, dass die Mehrheit von ihnen auf eine lange politische Karriere zurückblicken kann, natürlich bei anderen Parteien. So finden sich in der Parlamentsfraktion jetzt ARI-Abgeordnete, die vorher bei den Sozialisten, der UCR und auch bei den Peronisten zu finden waren.

Andere zunächst hochgehandelte Alternativen wie die des Geistlichen Luis Farinello (Polo Social) oder von Bürgermeister Luis Patti in der Provinz Buenos Aires erreichten nicht annähernd die Ergebnisse, die sich ihre Gründer wohl versprochen hatten. Neben den etablierten Parteien muss auch ihnen das Phänomen der Stimmenenthaltungen und ungültigen Voten zu denken geben, hätten sie doch gerade von der Unzufriedenheit mit den klassischen Großparteien profitieren sollen. Der Argentinier, so die Les-

art, ist letzten Endes doch eher konservativ: bei den als unwichtiger eingeschätzten Parlamentswahlen gibt er durchaus Proteststimmen ab und macht den Regierenden seinen Unmut deutlich, gleichzeitig aber stärkt er nicht unbedingt Parteien, deren Kurs er zwar als populär, aber letztlich unverantwortlich ansieht. Für viele Bürger gibt es zum derzeitigen Regierungskurs, zum Sparen, zur Konvertibilität und zur Bedienung der Auslandsschuld keine gangbare Alternative, auch wenn diese noch so wünschenswert wäre. Die Stabilität, die trotz aller Probleme die zurückliegenden mehr als zehn Jahre gekennzeichnet hat, gilt als Wert, den man nicht ohne weiteres aufs Spiel setzen möchte. Dies führt zur Prognose, dass sich bei den kommenden Präsidentschaftswahlen auch die Zahl ungültiger Stimmen und Enthaltungen nachhaltig reduzieren dürfte, geht es bei ihnen doch „wirklich“ um die Macht.

■ **Der neue Senat der „Schwergewichte“**

Einfacher dürfte es die Regierung allerdings mit dem neuen Senat nicht haben. Waren die Vorgänger nicht zuletzt durch die indirekte Wahl seitens der Provinzparlamente vergleichsweise schwach legitimiert und vom vermeintlichen Korruptionsskandal des Jahres 2001 ins Mark getroffen, gilt das für die neuen Senatoren in keiner Weise. Nach einem „Senat der Unbekannten“ ziehen jetzt politische Schwergewichte in die Arena ein, unter ihnen Eduardo Duhalde für den PJ und Raúl Alfonsin für die UCR. Daneben finden sich verschiedene Ex-Gouverneure und nicht zuletzt die einflussreichen Statthalter möglicher Präsidentschaftskandidaten des Jahres 2003. Damit dürfte der Senat zur zentralen Bühne politischer Auseinandersetzung der kommenden Monate werden. An Selbstbewusstsein wird es den neuen Senatoren dabei sicher nicht fehlen. Nicht mehr mit dabei sind andererseits Figuren, die in verschiedenen Funktionen lange die argentinische Politik prägten, unter ihnen Ex-Innenminister Carlos Corach, Menems Ex-Kabinettschef Eduardo Bauzá oder der früherere UCR-Gouverneur der Provinz Córdoba, Eduardo Angeloz.

Interessant wird es zu beobachten sein, ob sich die durch die Frauenquote gewaltig erhöhte Zahl weiblicher Volksvertreter – sie stellen jetzt ein Drittel des

■ **Nach einem „Senat der Unbekannten“ ziehen jetzt politische Schwergewichte in die Arena ein, unter ihnen Eduardo Duhalde für den PJ und Raúl Alfonsin für die UCR. Daneben finden sich verschiedene Ex-Gouverneure und nicht zuletzt die einflussreichen Statthalter möglicher Präsidentschaftskandidaten des Jahres 2003.**

Senats – auch auf die Inhalte und den Politikstil auswirken wird. Dabei wird es auch darauf ankommen, über ein konkretes Beispiel mehr Frauen für die Politik und die Arbeit in den Parteien zu interessieren und das Vorurteil abzuschütteln, in erster Linie Ehefrauen, Schwestern und sonstige Anverwandte der Politiker X, Y oder Z zu sein – ein Vorwurf, der mit Blick auf die Namen der konkret handelnden Person zumindest nicht ganz aus der Luft gegriffen erscheint. Immerhin konnte durch die Quote die gravierende Unterrepräsentanz der Frauen teilweise beseitigt werden.

■ **Regierung, was nun?**

■ Mit gemischten Gefühlen dürfte Präsident de la Rua die Wahlergebnisse verfolgt haben. Im Kreise seines Kabinetts in der Residenz Olivos nahm er sie zur Kenntnis und trat gegen 22.30 Uhr selbst vor die Presse. Neben allgemeinen Elogen auf die Stabilität der argentinischen Demokratie allerdings gab es kaum Neuigkeiten: Man werde am Stabilitätskurs des ausgeglichenen Haushaltes (*deficit cero*) festhalten und auch die Eigentumsrechte in- und ausländischer Investoren streng achten.

Mit gemischten Gefühlen dürfte Präsident de la Rua die Wahlergebnisse verfolgt haben. Im Kreise seines Kabinetts in der Residenz Olivos nahm er sie zur Kenntnis und trat gegen 22.30 Uhr selbst vor die Presse. Neben allgemeinen Elogen auf die Stabilität der argentinischen Demokratie allerdings gab es kaum Neuigkeiten: Man werde am Stabilitätskurs des ausgeglichenen Haushaltes (*deficit cero*) festhalten und auch die Eigentumsrechte in- und ausländischer Investoren streng achten. Ansonsten gebiete das „neue Szenario“ mehr Gemeinsamkeit, insbesondere zwischen Nationalstaat und den Provinzen. Spekuliert wurde bereits in der letzten Woche über eine mögliche Kabinettsumbildung und die Ankündigung weiterer Wirtschaftsmaßnahmen. Typisch für de la Rua war zumindest seine Reaktion am Tag nach der Wahl: Erst einmal begab er sich auf eine Reise zu einem Linguistik-Kongress nach Spanien und ließ zu Hause andere über seine weiteren Schritte rätseln.

Im Mittelpunkt der Überlegungen stehen natürlich wie immer Personalien: Mit wem kann de la Rua seiner Regierung neues Leben einhauchen, wer gehört zu den wenigen, die sich bewährt haben, wer muss ausgetauscht werden, wer hat nur den Platz am Kabinettstisch zu wechseln? Auch die Frage, ob FREPASO-Vertreter weiter der Regierung angehören oder ob de la Rua letztlich mit wirklich engen und eigenen Vertrauten einen zweiten Anlauf nimmt, beherrscht die Debatte. Nicht zuletzt seinem Sohn Antonio und einer Gruppe um die Arbeitsministerin Patricia Bullrich wird der Ratschlag nachgesagt, endlich „präsidentiell“ aufzutreten, damit das eigene

Image wiederherzustellen und sich von nur durch Parteoyalität legitimierten Ministern zu trennen sowie als Inhaber eines Amtes über den Parteien ganz im nordamerikanischen Stil von Fall zu Fall nach Mehrheiten zu suchen. Sollte dies einen förmlichen Bruch in der Allianz oder sogar mit der eigenen Partei zur Folge haben, müsste dies billigend in Kauf genommen werden. Ob der als Zauderer bekannte Präsident diesen Wünschen allerdings nachkommt, darf angesichts bisheriger Erfahrungen bezweifelt werden. Da wirkte er eher wie der personifizierte Vermittlungsausschuss, den auch die größten Zumutungen aus den eigenen Reihen nicht zu starken Worten veranlassten. Von starken Taten ganz zu schweigen.

Gleich danach aber kommen dann doch die entscheidenden Fragen: Wie geht es weiter mit der argentinischen Wirtschaft? Ist die Zahlungsunfähigkeit zu verhindern? Muss doch abgewertet oder dollarisiert werden? Hält das „Defizit Null“? Welchen Spielraum hat der Staatshaushalt im Jahr 2002? Nach wie vor bleibt Domingo Cavallo die zentrale Anlaufstelle für die Beantwortung, auch wenn er deutlich geschwächt aus den Wahlen hervorgegangen ist, sich fast alle politischen und sozialen Kräfte auf ihn als Buh-Mann einschießen und auch die internationale Finanz-Community von ihm abzurücken scheint. Gleichwohl scheint er nicht geneigt, den Kurs der Ausgabenkürzungen und des „Defizits Null“ freiwillig zu verlassen: Absehbare Rückgänge bei den Steuereinnahmen sollen im Sinne dieses Gleichgewichtsgedankens auch künftig durch Einsparungen ausgeglichen werden.

Das „Defizit Null“ ist aber auch die zentrale Verpflichtung, die Argentinien gegenüber den internationalen Finanzorganisationen wie dem Währungsfonds eingegangen ist. Nur so war es nach zähen Verhandlungen möglich, durch zusätzliche Kreditlinien den Schuldendienst im laufenden Jahr zu sichern und eine große Umschuldung zur Mitte des Jahres zu bewältigen. Allerdings hat Argentinien damit nur Probleme auf die Zukunft vertagt, in der Hoffnung, sie dann über Wirtschaftswachstum leichter finanzieren zu können. Der Preis dafür sind u.a. höhere Zinsen für die „vertagten“ Schulden, als sie zum Zeitpunkt der eigentlichen Fälligkeit entstanden wären. Die Regierung hat damit zwar Zeit

Das „Defizit Null“ ist aber auch die zentrale Verpflichtung, die Argentinien gegenüber den internationalen Finanzorganisationen wie dem Währungsfonds eingegangen ist. Nur so war es nach zähen Verhandlungen möglich, durch zusätzliche Kreditlinien den Schuldendienst im laufenden Jahr zu sichern und eine große Umschuldung zur Mitte des Jahres zu bewältigen.

gewonnen, die positiven Effekte aber verpuffen ebenso wie bei früheren Maßnahmen, zum Beispiel dem berühmten *blindaje* (Panzerung) zu Beginn des Jahres, immer schneller. Das Damoklesschwert der Zahlungsunfähigkeit schwebt weiter über dem Land. Das mangelnde Vertrauen außerhalb Argentiniens findet seine Entsprechung dabei in der Angst der eigenen Bürger, die im Laufe 2001 über zehn Milliarden Dollar aus dem Finanzsystem abgezogen haben. Trotz überaus attraktiver Zinsen für Termingelder – bis zu dreizehn Prozent sind keine Seltenheit – herrscht die Befürchtung vor, diese Guthaben könnten zu einem bestimmten Zeitpunkt eingefroren werden, um später dann in längerfristige Schuldverschreibungen des Staates zu geringem Zinssatz getauscht zu werden. Die Erfahrungen der Alfonsin-Zeit, wo genau dies passierte, sind vielen noch sehr präsent. Gleichzeitig schwindet damit die Chance, dass die Argentinier Teile ihrer auf rund 90 Milliarden Dollar geschätzten Vermögenswerte, die derzeit im Ausland „geparkt“ sind, zurückholen und investieren. Und von ausländischen Investoren kann man schlecht Vertrauen erwarten, wenn es den Inländern so augenfällig daran mangelt.

■ Ob sich das „Defizit Null“ dauerhaft politisch durchsetzen lässt, bleibt fraglich. Denn vor allem eines ist nicht auszumachen: Woher soll eigentlich der Impuls für ein Anspringen der argentinischen Wirtschaft in den nächsten Monaten kommen?

Ob sich vor diesem Hintergrund aber das „Defizit Null“ dauerhaft politisch durchsetzen lässt – zu viele Tabu-Themen säumen überdies den Weg der Konsolidierung –, bleibt fraglich. Denn vor allem eines ist nicht auszumachen: Woher soll eigentlich der Impuls für ein Anspringen der argentinischen Wirtschaft in den nächsten Monaten kommen? Eine steigende Arbeitslosenquote – aktuell ist von rund 20 Prozent auszugehen, die enorme Quote der Unterbeschäftigung gar nicht mitgerechnet –, gekürzte Gehälter, Betriebsschließungen und -verlagerungen, die Unsicherheit über den weiteren Weg und nicht zuletzt die verminderte Investitionstätigkeit der öffentlichen Hand haben den Binnenkonsum restlos abgewürgt. Obwohl etwa Personenwagen heutzutage um rund 20 Prozent billiger zu haben sind als noch vor einem Jahr, haben sich die Verkaufszahlen im gleichen Zeitraum halbiert. Ähnlich sieht es bei anderen langlebigen Gebrauchsgütern aus. Bei Konsumartikeln des täglichen Bedarfs gehen die Verbraucher vom Kauf der Markenartikel auf den Erwerb von No-Name-Produkten über und drücken so die Umsatz-

zahlen der Supermärkte. Angesichts einer sich zu spitzenden Krise beim wichtigsten Handelspartner Brasilien und einer stark abgeflauten Konjunktur in den USA und Europa ist auch der Export kaum der greifbare Rettungsring, zumal die Preise für die von Argentinien nach wie vor stark ausgeführten Rohstoffe eher rückläufig sind. Eine starke Abwertung in Brasilien – der Real verlor allein in diesem Jahr rund 30 Prozent gegenüber dem Dollar und damit angesichts der Konvertibilität auch gegenüber dem argentinischen Peso – schränkt die Wettbewerbsfähigkeit Argentiniens weiter ein und zwingt Firmen geradezu zur „Auswanderung“ ins Nachbarland. Während dessen sinkt aufgrund dieser Situation das Steueraufkommen, was den Staat, will er das „Defizit Null“ ernstnehmen, zu weiteren Einsparungen zwingt: eine Abwärtsspirale ohne Ende. Die Großbank BBV Banco Francés schreibt in ihrem Monatsbericht Oktober: „Nach unserer Meinung wird das Ziel des Defizits Null immer schwerer aufrechtzuhalten sein. Der Grund liegt in der Tiefe der Rezession und dem Rückgang der Steuereinnahmen. Konsequenterweise sind neue Anpassungen der Ausgaben wahrscheinlich.“ Anlegern empfiehlt die Bank daher größte Zurückhaltung und keine Übernahme neuer Risiken. Die angesehene Consulting Ecolatina sieht mindestens bis zum Ende des Jahres keinerlei Anzeichen für eine makroökonomische Erholung. Vielmehr rechnet sie für das letzte Trimester mit einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um zwei, des Konsums um 2,5 und der Investitionen sogar um acht Prozent. Angesichts der rund 1,2 Milliarden Dollar, die Argentinien im November 2001 für die Bedienung der Auslandsschulden aufbringen muss, nicht eben ein ermutigendes Panorama.

■ Die Großbank BBV Banco Francés schreibt in ihrem Monatsbericht Oktober: „Nach unserer Meinung wird das Ziel des Defizits Null immer schwerer aufrechtzuhalten sein. Der Grund liegt in der Tiefe der Rezession und dem Rückgang der Steuereinnahmen. Konsequenterweise sind neue Anpassungen der Ausgaben wahrscheinlich.“

■ *Patacones* und andere Ersatzwährungen

Im September etwa gingen die Steuereinnahmen im Vergleich zum selben Vorjahresmonat um satte 14 Prozent zurück, die Schätzungen für die Folgemonate sind nicht viel besser. Wie wenig gangbar dies auf Dauer ist, nicht zuletzt aufgrund der extrem drückenden Schulden von Gesamtstaat und Provinzen, zeigen die Rettungsversuche der letzteren: Mit Schuldverschreibungen als einer Art Ersatzgeld

– zum Teil mit klingenden Phantasienamen ausgestattet wie im Falle der sogenannten *patacones* in der Provinz Buenos Aires – versuchen gerade die am Rande der Pleite segelnden Regionen, Gehälter und ausstehende Rechnungen zu begleichen und den Bürger zumindest so mit Kaufkraft zu versorgen. Da die Provinzen und zum Teil auch der Gesamtstaat aber diese Titel wiederum als Zahlungsmittel für Steuern und Abgaben akzeptieren, entsteht ein zweiter Kreislauf, der bedrohliche Ausmaße anzunehmen beginnt. Manche sehen darin allerdings sogar die Möglichkeit, aus der Not eine Tugend zu machen. Eduardo Duhalde etwa und sein engster wirtschaftspolitischer Berater, Remes Lenicov, sehen in dem nicht konvertiblen „Ersatzgeld“ eine Chance, dem System Kaufkraft zuzuführen, ohne abwerten zu müssen. Mindestens für eine Übergangszeit, dies bewiesen erste Erfahrungen mit den *patacones* in der Provinz Buenos Aires, könne dies funktionieren. Entgegen den Erwartungen würden die Titel zum Kurs von 1:1 von Geschäften und Dienstleistern ohne Abschlag entgegengenommen. Für andere Beobachter aber zeigt dies nur, wie tief die Krise mittlerweile ist. Auch Duhalde und Remes Lenicov allerdings verlangen ein Maßnahmenbündel, eine integrale Strategie, Einzelmaßnahmen wie der *patacón* allein reichten längst nicht mehr aus.

■ Wer in der Abwertung nach wie vor den Befreiungsschlag sieht, muss sich fragen lassen, wie er in diesem Moment das Verschuldungsproblem lösen will: Neben dem Staat, dessen auf Dollar lautende Auslandsschulden in diesem Moment unzahlbar würden, triebe die Maßnahme auch Firmen und Privathaushalte in die Pleite.

Wer in der Abwertung nach wie vor den Befreiungsschlag sieht, muss sich fragen lassen, wie er in diesem Moment das Verschuldungsproblem lösen will: Neben dem Staat, dessen auf Dollar lautende Auslandsschulden in diesem Moment unzahlbar würden, triebe die Maßnahme auch Firmen und Privathaushalte in die Pleite. Der größte Teil von ihnen ist nämlich angesichts eines Zinsvorteils der Dollar im Vergleich zu Peso-Krediten ebenfalls in der Währung der USA verschuldet und könnte im Falle der Abwertung mit den entwerteten Peso-Gehältern kaum den Schuldendienst bewältigen, ganz zu schweigen vom Wertverlust dessen, was als Garantie für die Kredite dient. Ob sich die internationalen Finanzorganisationen zu einem Beistand in der Form durchringen würden, dass ein längerfristiges Moratorium für solche Schuldner ermöglicht würde, erscheint zumindest fraglich. Die Optimisten hoffen, dass man in Washington gerade nach dem 11. Sep-

tember großzügiger geworden ist, was die Probleme enger Verbündeter – als solchen sieht man sich natürlich in Argentinien trotz oft anderslautender politischer Diskurse – angeht. Man werde sich, so die Argumentation, in dieser schwierigen Zeit und angesichts der Notwendigkeit internationaler Solidarität, nicht noch zusätzliche Probleme aufhalsen, die von einem zahlungunfähigen Argentinien ihren Ausgang nehmen könnten. Man muss wohl nicht unbedingt Pessimist sein, um hier Zweifel anzumelden. Hinzu kommt, dass die wesentlichen Rating-Agenturen Argentinien permanent auf der Beobachtungsliste haben und eine weitere Rückstufung der Bonität greifbar ist. Einstweilen scheint der 11. September zudem bewirkt zu haben, dass Investoren in vergleichsweise sichere Häfen flüchten und Schwellenmärkte wie Argentinien eher meiden. Der Börsenindex Merval und auch die argentinischen Schuldentitel haben jedenfalls in den vergangenen Wochen mit einem weiteren heftigen Kursverfall zu kämpfen.

■ Wettslauf um politische Reformen

Vielen allerdings scheinen politische Fragen mindestens gleichrangig neben den wirtschaftlichen Themen zu stehen. Ein großer Teil der Schwierigkeiten des Landes, so die kaum von der Hand zu weisende Argumentation, beruhe nicht auf den zugegebenermassen problematischen Wirtschaftsdaten, sondern vielmehr auf Führungsproblemen, ungeklärten Machtfragen, überlebten Politikstrukturen, einer Neudefinition harrenden Verhältnisses zwischen Gesamtstaat und Provinzen, fehlender Rechtssicherheit und endemischer Korruption, kurzum: politischen Entscheidungen.

Argentinien hat eine lange Liste von politischen Reformnotwendigkeiten abzuarbeiten. Nachdem in der ersten Amtszeit von Präsident Carlos Menem in der ersten Hälfte der neunziger Jahr die notwendigen Wirtschaftsliberalisierungen und Privatisierungen erfolgten, stehen die sogenannten „Reformen der zweiten Generation“ nach wie vor aus. Wettbewerbsfähigkeit der Privatwirtschaft ist eben nur dann zu haben, wenn auch die vom Staat beeinflussten und beeinflussbaren Rahmenbedingungen stimmen, vom

■ Argentinien hat eine lange Liste von politischen Reformnotwendigkeiten abzuarbeiten. Nachdem in der ersten Amtszeit von Präsident Carlos Menem in der ersten Hälfte der neunziger Jahr die notwendigen Wirtschaftsliberalisierungen und Privatisierungen erfolgten, stehen die sogenannten „Reformen der zweiten Generation“ nach wie vor aus.

Klima der Rechtssicherheit bis hin zu modernen Systemen für Arbeitsmärkte und soziale Sicherung.

Auch dies ist bei den Wahlen und der erkennbaren Unzufriedenheit der Bürger einmal mehr deutlich geworden. Im Zentrum stehen dabei die Ineffizienz und vor allem die Kosten des politischen Systems des Landes. Strukturreformen sind auch hier gefragt. Einstweilen überbieten sich die politischen Akteure mit Vorschlägen, wie die Kosten der argentinischen Politikinfrastruktur nachhaltig gesenkt werden könnten. Zu groß wurde mittlerweile der öffentliche Druck, verstärkt durch die Medien, beim Sparen auch einmal an sich selbst zu denken. Zahlenvergleiche hatten in den zurückliegenden Wochen immer wieder nachgewiesen, dass zum Beispiel argentinische Provinzparlamente ein Vielfaches von dem kosten, was etwa amerikanische Bundesstaaten oder deutsche Bundesländer für ihre Gesetzgebungskörperschaften aufwenden, und das bei ungleich größerer Wirtschaftskraft der letztgenannten. Besonders ins Blickfeld gerieten die Sondermittel, die den Volksvertretern neben ihren eigentlichen Gehältern zur Verfügung stehen und für allerlei Wohltaten für die eigene Klientel verwendet werden. „Viele Abgeordneten und Senatoren“, so die Wirtschaftszeitung *El Cronista*, „sind regelrechte Klein- und Mittelunternehmen des ambulanten Gewerbes: mit Sekretären, Beratern, Chauffeuren, Reisespesen und verdeckten Fonds ohne Verpflichtung zur Rechnungslegung. Es gibt in diesem Lande 90 000 Wahlämter, ohne das man weiß, wofür eigentlich. Es wird aber Zeit, dies zu wissen, und auch, was sie uns kosten.“

Den Anfang machte Córdobas Provinzgouverneur José Manuel de la Sota. Er rief die Bevölkerung für den 22. Juli zu einer Volksbefragung über seinen Plan auf, die Legislative von einem Zwei- auf ein Einkammerparlament umzustellen und erheblich zu verkleinern. Ein Plan, der in der Provinz mit großer Mehrheit angenommen wurde. Zusammen mit den nationalen Wahlen konnte er am 14. Oktober die Früchte seines Erfolges ernten und in diesem neuen Parlament eine deutliche Mehrheit erringen. Sein Amtskollege in der Provinz Buenos Aires, Carlos Ruckauf, schlug vor, auf Provinz- und Kommunalebene die Zahl der Wahlämter glatt zu halbieren, mit einem jährlichen Einsparpotenzial von 1,5 Mil-

■ „Viele Abgeordneten und Senatoren“, so die Wirtschaftszeitung *El Cronista*, „sind regelrechte Klein- und Mittelunternehmen des ambulanten Gewerbes: mit Sekretären, Beratern, Chauffeuren, Reisespesen und verdeckten Fonds ohne Verpflichtung zur Rechnungslegung. Es gibt in diesem Lande 90 000 Wahlämter, ohne das man weiß, wofür eigentlich. Es wird aber Zeit, dies zu wissen, und auch, was sie uns kosten.“

liarden Dollar. Andere Gouverneure reduzierten zunächst einmal ihr eigenes Gehalt, der Hauptstadtbürgermeister Anibal Ibarra kürzte auch seinen Funktionären die Einkommen. Da selbst die kleinsten Gemeinden Argentiniens über vollbezahlte Stadtverordnetenversammlungen und Gemeinderäte verfügen, die deren Haushalte nachhaltig belasten, sind all diese Maßnahmen eher ein Anfang.

Diskutiert wird darüber hinaus über das Wahlsystem, dass auf sogenannten Landeslisten, den *listas sabanas*, personalisierte Wählerentscheidungen kaum zulässt und die Fähigkeit zur Kandidatenaufstellung und –durchsetzung wesentlich den Parteien überlässt. Vom Vorschlag uninominaler Wahlkreise bis zu den Möglichkeiten des Kumulierens und Panaschierens wird derzeit vieles diskutiert, ebenso wie die Aufhebung der Wahlpflicht, für die sich in Umfragen eine große Mehrheit der Argentinier ausspricht. Auch eine Reform innerhalb der politischen Parteien halten viele Bürger für geboten, nicht zuletzt im Sinne einer innerparteilichen Demokratisierung, z.B. durch verpflichtende Vorwahlen bei der Kandidatenaufstellung und eine größere Transparenz bei den Parteifinanzen. Nachdem bereits die staatlichen Erstattungen der Wahlkampfkosten der Parteien gesenkt wurden, sind zudem die Altersruhegeldregelungen für Abgeordnete und Minister jetzt ebenso im Blickfeld der öffentlichen Kritik wie deren personelle Ausstattungen. Das Verfahren, bei Regierungs- oder auch nur Ministerwechseln einen Austausch großer Teile des Personals vorzunehmen bzw. Vertrauensleute auf der Basis von Zeitverträgen zusätzlich zum festen *staff* in die Ministerien zu holen, ist sowohl unter Klientel- als auch unter Effizienzgesichtspunkten fragwürdig. Es zu ändern gehört ebenso wie die vorher bereits angesprochenen Aspekte zu einem umfangreichen Paket von Reformvorschlägen, das gegenwärtig von Nicht-Regierungsorganisationen wie Conciencia zusammengetragen wird.

Diskutiert wird über das Wahlsystem, dass auf sogenannten Landeslisten, den *listas sabanas*, personalisierte Wählerentscheidungen kaum zulässt und die Fähigkeit zur Kandidatenaufstellung und –durchsetzung wesentlich den Parteien überlässt. Vom Vorschlag uninominaler Wahlkreise bis zu den Möglichkeiten des Kumulierens und Panaschierens wird derzeit vieles diskutiert, ebenso wie die Aufhebung der Wahlpflicht, für die sich in Umfragen eine große Mehrheit der Argentinier ausspricht.

■ Probleme mit dem MERCOSUR

Zu all dem kommen noch Probleme an der aussenpolitischen Front. Spannungsgeladen ist in der letzter Zeit besonders das argentinische Verhältnis zum wichtigsten Handels- und darüber hinaus MERCO-

SUR-Partner Brasilien, auch wenn diese Dispute weit entfernt von dem sind, was früher das Verhältnis der Länder des Cono Sur untereinander belastete und nicht selten an den Rand kriegerischer Auseinandersetzungen brachte. Seit der einseitig und ohne Konsultationen erfolgten Abwertung Brasiliens zu Beginn des Jahres 1999 macht Argentinien das Nachbarland für weite Teile des Verlusts seiner Wettbewerbsfähigkeit verantwortlich, obwohl Argentinien im bilateralen Verhältnis regelmäßig beträchtliche Handelsbilanzüberschüsse erwirtschaftet, so auch im bisherigen Verlauf des Jahres 2001. Da aber viele multinationale Firmen gerade mit Blick auf den Markt des MERCOSUR aus Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay in beiden Ländern Produktionsstätten unterhalten, ist schon unverkennbar, dass die Kapazitäten in Argentinien eher ab- und in Brasilien eher ausgebaut werden. Anfang Oktober etwa gab der LKW-Konzern IVECO bekannt, künftig nicht mehr im argentinischen Córdoba, sondern ausschließlich in Brasilien zu produzieren. Traditionell betreiben Brasilien und vor allem seine Bundesstaaten eine sehr aggressive Industriearbeitspolitik, bei der sie Unternehmen mit Infrastrukturinvestitionen und vor allem massiven Steuergeschenken locken. Dem hat Argentinien wenig entgegenzusetzen.

■ In Brasilien herrscht der Verdacht, wichtige Führungsfiguren in der argentinischen Politik und der argentinischen Wirtschaft hätten sich gedanklich längst von der regionalen Integration verabschiedet und setzten ausschließlich auf das Projekt der gesamtamerikanischen Freihandelszone ALCA, deren Verwirklichung unter Führung der USA für das Jahr 2005 angepeilt ist.

In Brasilien herrscht aber auch der Verdacht, wichtige Führungsfiguren in der argentinischen Politik und der argentinischen Wirtschaft hätten sich gedanklich längst von der regionalen Integration verabschiedet und setzten ausschließlich auf das Projekt der gesamtamerikanischen Freihandelszone ALCA, deren Verwirklichung unter Führung der USA für das Jahr 2005 angepeilt ist. Hauptverdächtiger in den Augen der Brasilianer: Domingo Cavallo. Während aus brasilianischer Sicht und bisher auch nach den Vorstellungen des argentinischen Staatspräsidenten de la Rúa die regionale Integration im MERCOSUR eine Vorphase größerer Integrationsprojekte darstellt, eine aber, die dem Block bei solchen Verhandlungen gerade mit den USA ein stärkeres Verhandlungsgewicht beschert, sieht Cavallo vor allem die Zollunion des MERCOSUR mittlerweile eher als Hemmschuh. Der argentinische Markt ist bereits vergleichsweise offen, während Brasilien vor allem sein eigenes Industriepotenzial nachhaltig schützt. Dieser

gemeinsame Aussenzoll ist auch das größte Hindernis für eine Beteiligung Chiles, das erheblich geringere Aussenzölle als die MERCOSUR-Staaten hat. Cavallo hat nun in seinem Maßnahmenpaket schon vor Wochen Einfuhrerleichterungen für Investitionsgüter verfügt, die eindeutig gegen die MERCOSUR-Vereinbarungen verstossen. Der Protest aus Brasilien ließ nicht auf sich warten. Immerhin fanden bei einem bilateralen Präsidententreffen de la Rua und sein brasiliанischer Amtskollege Cardoso gemeinsame Sprachregelungen und Perspektiven für die Zukunft – inklusive der Möglichkeit einer gemeinsamen Währung und Bandbreiten für die schwankenden Wechselkurse – der Konflikt jedoch schwelt latent weiter. Sicher nicht zur Beruhigung möglicher Investoren und sicher auch nicht zum nachhaltigen Vorteil Argentiniens.

■ **Wirtschaftskurs ohne Alternative**

Für die Wirtschaftsexperten des Landes gibt es zum aktuellen Wirtschaftskurs keine gangbare Alternative. Die Krise bedeute für Argentinien sogar dann eine Chance, wenn man mit Disziplin am „Defizit Null“ festhalte, den Zusammenbruch öffentlicher Banken vermeide, eine gewisse Phase der Deflation und einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukt im weiteren Verlauf des Jahres aushalte. Das Jahr 2002 müsse, so der Chefökonom des liberalen Wirtschafts-Think-Tanks FIEL, Juan Luis Bour, ebenfalls mit ausgeglichenen Haushalten auf Provinzebene begonnen werden. „Dazu braucht man allerdings, das ist eindeutig, eine politische Entschiedenheit und Stärke“, so Bour. Auch für andere wird die künftige Glaubwürdigkeit Argentiniens im internationalen Finanzkontext an der Kraft des Landes gemessen, auf dem Weg des ausgeglichenen Haushaltes weiterzugehen. Ein Umschwenken dürfte das ohnehin angeschlagene Image weiter beschädigen. Andere Maßnahmen aber müssen hinzukommen und sich vor allem in ein integrales Konzept einfügen. Als wesentlichen Baustein sieht zum Beispiel Martin Redrado von der Fundación Capital eine große Reform des Steuersystems.

Ein aktueller Konflikt, der bei den Maßnahmen zum „Defizit Null“ seinen Ausgangspunkt genom-

■ Das Jahr 2002 müsse, so der Chefökonom des liberalen Wirtschafts-Think-Tanks FIEL, Juan Luis Bour, ebenfalls mit ausgeglichenen Haushalten auf Provinzebene begonnen werden. „Dazu braucht man allerdings, das ist eindeutig, eine politische Entschiedenheit und Stärke“, so Bour.

men hat, ist nach wie vor das Verhältnis von Gesamtstaat und Provinzen. Nachdem im November 2000 ein neuer Pakt über die sogenannte *Coparticipación*, die Finanzzuweisungen der Zentralregierung an die Provinzen, geschlossen wurde, pochen die Provinzen nun auch auf dessen Einhaltung. Inzwischen haben sich allerdings die finanziellen Parameter auf nationaler Ebene drastisch verschlechtert, was zu geringeren und meist verspäteten Überweisungen führt. Dies wiederum bringt den Provinzen besondere Schwierigkeiten, die einen Großteil ihres Haushaltes aus diesen Zuwendungen finanzieren und nun ihren eigenen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen können. Sie werfen der Zentralregierung nun vor, sich auf Kosten der Provinzen zu konsolidieren und deren Bedürfnisse als letzte in der Zahlungskette zu bedienen. Ihre Drohung steht im Raum, den Gesamtstaat auf die Einhaltung bestehender Abkommen zu verklagen. Andere Gouverneure, vor allem sind es derzeit die möglichen Präsidentschaftskandidaten, mahnen zur Zurückhaltung und versuchen, die Regierungsfähigkeit nicht noch weiter zu beeinträchtigen. Neuverhandlungen müssen dabei ohne Zweifel auch das Schuldenproblem der Provinzen beinhalten, ohne dessen Lösung eine dauerhafte Konsolidierung unmöglich ist. An einem entsprechenden Vorschlag arbeitet Domingo Cavallo. Ob die bevorstehenden Vorschläge allerdings bei den Provinzen, denen das Wasser bereits bis zum Hals steht, auf Zustimmung stoßen, ist zweifelhaft. Eine Alternative aber bleibt ihnen ebenfalls nicht.

Für die Regierung wird es mit den neuen Mehrheitsverhältnissen in Senat und Abgeordnetenhaus in jedem Falle nicht einfacher, ganz neu allerdings ist die neue Situation auch wieder nicht: Bereits bisher hatte man es mit einer Oppositionsmehrheit im Oberhaus zu tun, die sich durchaus verhandlungsbereit zeigte und kein wichtiges Regierungsvorhaben blockierte.

Für die Regierung wird es mit den neuen Mehrheitsverhältnissen in Senat und Abgeordnetenhaus in jedem Falle nicht einfacher, ganz neu allerdings ist die neue Situation auch wieder nicht: Bereits bisher hatte man es mit einer Oppositionsmehrheit im Oberhaus zu tun, die sich durchaus verhandlungsbereit zeigte und kein wichtiges Regierungsvorhaben blockierte. Im Abgeordnetenhaus wiederum musste sich die Regierung auch schon vorher mit Oppositionellen im eigenen Lager quälen, die ihrer Politik oft größere Hindernisse in den Weg rollten als die eigentliche Opposition. Und auch das Verhältnis zu den Provinzen ändert sich nicht grundsätzlich: Angesichts der dramatischen Situation in vielen von ihnen ist ein Aushandeln von Kompromissen bei den Zuweisun-

gen aus dem nationalen Haushalt oberste Priorität. „Wenn die Gouverneure sich strukturellen Veränderungen verweigern“, so der Wirtschaftsjournalist Roberto H. Cachanosky, „werden sie von der Krise mitgerissen. Wenn sie zustimmen, laufen sie Gefahr, die politischen Kosten mittragen zu müssen. Wahrscheinlich also bieten sie Unterstützung an, versuchen sich aber gleichzeitig mit eigenen Vorschlägen zu differenzieren.“ Von Fall zu Fall also wird sich de la Rua weiterhin Mehrheiten suchen müssen, eingezwängt zwischen einem politisch schwierigen Umfeld, sozialer Unruhe und internationalen Finanzmärkten, bei denen Argentiniens realer und ideeller Kredit längst erschöpft ist. Zu Kompromissen gibt es gleichwohl keine Alternative, ebenso wenig aber derzeit auch zur Person des Präsidenten selbst.